

Notizen

Der Erfurter Bischof Joachim Wanke äußerte sich Anfang Februar bei einem Presseempfang u. a. zum schwierigen Verhältnis von Kirche und Medien. Das Hauptproblem in der Beziehung Kirche und Presse scheine ihm darin zu liegen, daß man voneinander „Unerfüllbares und Unterschiedliches“ erwarte. Kirche erwarte sich von der Presse „Haus- und Hofberichterstattung“ und ideologischen Schlußfolgerungen. Dagegen müsse sich jedoch journalistisches Selbstbewußtsein notwendigerweise sträuben. Es gehe bei der Rolle der Journalisten nicht darum, sich für oder gegen die Institution der Kirche zu erklären, weil man für oder gegen diese Organisation sei, sondern um die Frage, ob man aus sachkundiger Einsicht um die Zusammenhänge von Kirche, Staat und Gesellschaft wisse und bereit sei, diese nicht auszublenden, sondern journalistisch wirksam und vor allem fair und sachlich in die öffentliche Debatte einzubringen.

Die menschlichen, psychologischen und existentiellen Fragen, die sich mit den Phänomenen des Drogenkonsums und der -sucht stellen, die einzelne drogenabhängige Person, ihre Situation und die ihres sozialen Umfeldes will der Päpstliche Familienrat mit einem Ende Januar veröffentlichten Schreiben zur Frage der Liberalisierung von Rauschmitteln wieder stärker in den Vordergrund der drogenpolitischen Diskussion rücken. Zugleich wendet er sich dabei aber auch entschieden gegen weitere Liberalisierungstendenzen. Bei der Diskussion der Argumente für oder wider Gesetzesvorhaben zur Legalisierung sogenannter „weicher“ Drogen, sollte man nicht nur Vereinfachungen und Verallgemeinerungen, sondern vor allem die Politisierung einer tief menschlichen und ethischen Frage vermeiden. Unter dieser Perspektive gelangt der Familienrat zu der Überzeugung, daß die Unterscheidung zwischen „weichen“ und „harten“ Drogen in eine Sackgasse führe.

Der Beitrag der Kirchen zum deutsch-tschechischen Verständigungsprozeß, den diese mutig und entschlossen vorangegangen seien, sei unverzichtbar, heißt es in einer Stellungnahme der Bundestagsfraktion der Unionsparteien auch in bezug auf ein Anfang Februar von der Deutschen und Tschechischen Bischofskonferenz gemeinsam in Franzensbad veranstaltetes

Symposium. Etwa 35 hochrangige katholische und evangelische Kirchenvertreter, darunter die jeweiligen Vorsitzenden der beiden Bischofskonferenzen, der Mainzer Bischof Karl Lehmann und der Prager Erzbischof Kardinal Miloslav Vlk, berieten zusammen mit Politikern, Wissenschaftlern und Publizisten über die weitere Gestaltung des deutsch-tschechischen Verhältnisses, über die Möglichkeit forcierter institutionalisierter Kontakte zwischen Kirchen, Verbänden und Einzelpersonen. Vlk erinnerte dabei an den Versöhnungsprozeß zwischen Deutschland und Frankreich, der zum Vorbild genommen werden sollte.

In der ehemaligen Kartause Gaming (Niederösterreich) hat jetzt ein „Internationales Theologisches Institut für Studien über Ehe und Familie“ den Betrieb aufgenommen. Großkanzler des Instituts, an dem 48 Studierende aus dreizehn Nationen eingeschrieben sind, ist der Wiener Erzbischof Christoph Schönborn. Das Institut in Gaming ist eine Nachfolgegründung für das „Internationale Akademische Institut für Studien über Ehe und Familie“, das einige Jahre im niederländischen Rolduc bestand. Der umstrittene Roermonder Bischof Gijsen hatte das Institut 1990 eingerichtet; nach seinem Rücktritt 1993 konnte es sich nicht mehr halten und wurde Ende letzten Jahres geschlossen. Bemühungen, ein Nachfolgeinstitut in Deutschland bzw. mit Unterstützung deutscher Bischöfe zu etablieren, führten nicht zum Ziel.

Zur allgemeinen Zufriedenheit verlief ein Treffen am 17. und 18. Januar in Amersfoort, bei dem vier niederländische Bischöfe mit Vertretern verschiedener kirchlicher Gruppierungen zusammenkamen. Das von der Bischofskonferenz angelegte Treffen war Teil der Bemühungen, den Dialog innerhalb der niederländischen Kirchenprovinz zu verbessern und innerkirchliche Gesprächsblockaden abzubauen. Die Zusammenkunft hatte keine feste Tagesordnung; im Vordergrund standen nicht Sachthemen, sondern der persönliche Gedankenaustausch. Teilnehmer waren u. a. Kardinal Simonis, der Vorsitzende der Bischofskonferenz, und Hedwig Wasser, Vorsitzende der „Achter-Mai-Bewegung“. Als nächster Schritt ist ein Treffen aller niederländischen Bischöfe mit etwa 40 Vertretern der verschiedenen katholischen Organisationen und Bewegungen geplant.

Nach langem Zögern haben sich die französischen Bischöfe zur Schaffung einer Organisation entschlossen, die künftig mit rechtlichen Mitteln gegen Verleumdungen von Christentum und Kirche bzw. Verletzungen der Religionsfreiheit vorgehen soll. Ihr Name: „Glaubensüberzeugungen und Freiheiten“ (Croyances et libertés). Ihre Aufgabe wird sein, die „Religionsfreiheit, das Recht auf Respekt vor den Glaubensüberzeugungen, Dogmen, Prinzipien und Lehre der katholischen Kirche ebenso wie ihre Institutionen“ zu verteidigen. Zu den weiteren Aufgaben gehört der Kampf gegen „jede Form von Rassismus“. In der französischen Öffentlichkeit wurde die Entscheidung als „Wende“ (La Croix, 4.2.97), ja als „Bruch“ (Le Monde, 9.-10.2.97) mit der seit dem Konzil in dieser Frage eingenommenen gelasseneren Haltung bezeichnet.

Der Deutschschweizer Sekretär der Kommission „Justitia et Pax“ der Schweizer Bischofskonferenz, der Berner Sozialethiker Christian Kibling, hat sein Land aufgefordert, sich mit der eigenen Vergangenheit zur Zeit des Nationalsozialismus auseinanderzusetzen. In Zusammenhang mit der Diskussion über den Verbleib sogenannter „nachrichtenloser Vermögern“ von Holocaust-Opfern erinnerte Kibling in einem Zeitungskommentar (Pfarrblatt Bern, 25.1.97) daran, daß die Schweiz „Zehntausende von Flüchtlingen... an den Grenzen abwie und in den sicheren Tod zurückschickte“. Speziell an die katholische Kirche seines Landes gerichtet, meinte Kibling, sie habe „kein Wort gesagt zu den Judenverfolgungen, zu den Massenmorden, auch nicht zur unmenschlichen Flüchtlingspolitik der Schweiz“.

Berichtigung

Im Jahresregister 1996, das dem Februarheft 1997 beilieg, ist durch ein technisches Versehen eine für den Zusammenhang wichtige Zeile weggefallen: Auf Seite VII, linke Spalte, fehlt nach der Zeile über die Brasilianische eine Zeile mit dem Text „Deutsche Bischofskonferenz“.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe sind eine Eigenwerbung und eine Beilage des Weltbild Verlages (Verlegerbeilagen) beigelegt.